

Die Danziger Zeitung erscheint täglich zweimal; am Sonntage Morgens und am Montage Abends. — Befellungen werden in der Expedition (Kettnerbühl Nr. 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Anstalten angenommen.



Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Metemeyer, in Leipzig: Eugen Port, P. Engler, in Hamburg: Hansen & Vogler, in Frankfurt a. M. Jäger'sche, in Götting: Neumann-Hartmanns Buchhdlg.

# Danziger Zeitung.

## Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angelommen 12 Uhr Mittags.

**Florenz, 5. Febr.** Das erste Bureau der Deputierten-Kammer hat den Gesetzentwurf, betr. die Kirchengüter, ebenfalls verworfen. — Die „Opinione“ dementirt, daß der Gesetzentwurf von dem Ministerium zurückgezogen worden sei.

**Brüssel, 5. Febr.** Die Verlobung des Grafen von Flandern mit der Prinzessin von Hohenzollern ist sicher.

## (W.L.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

**Stuttgart, 4. Febr.** Die Militär-Conferenzen der süddeutschen Staaten sind gestern eröffnet worden. Nach einer am Vormittag stattgehabten Sitzung wurden die Bevollmächtigten vom Könige empfangen und zur Tafel gezogen. Abends wohnten sie der Festschmückung im Theater bei. Die zweite Sitzung ist heute gewesen; der Abschluß der Verhandlungen wird bereits morgen erwartet.

**Darmstadt, 4. Febr.** Eine heute publicirte Verordnung setzt für die oberhessischen Abgeordneten zum Norddeutschen Reichstage sieben Gulden tägliche Diäten und Ersatz der Reisekosten fest. Die Kosten der etwaigen Vertretung eines öffentlichen Beamten werden von der Staatskasse getragen.

**Weimar, 4. Febr.** Dem heute eröffneten außerordentlichen Landtage ist ein Gesetzentwurf vorgelegt, betreffend die Aufhebung des Salzmonopols gegen eine Besteuerung der Produktion oder der Einfuhr des Speisesalzes zu 2 R. pro Centner.

**München, 4. Febr.** Die „Bayer. Zig.“ erfährt aus guter Quelle, daß die in Wien schwebenden Verhandlungen über die Revision des Zoll- und Handelsvertrages mit dem Zollverein einem befriedigenden Abschlusse entgegengehen.

**Wien, 4. Febr.** Die Annahme des Demissionsgesuches des Grafen Belcredi von Seiten des Kaisers gilt als unzweifelhafte Thatsache. — Das heutige Abendblatt der „Presse“ erfährt von gut unterrichteter Seite, der ehemalige Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Graf Mensdorff, sei bestimmt, als Generaladjutant des Kaisers an die Stelle des Grafen Trenneville zu treten.

**Pest, 4. Febr.** In der heutigen Schlussitzung der Siebenbürgischer-Commission wurde das Elaborat des Fünfzehner-Subcomitès, nachdem die Berathung über die einzelnen Punkte vollendet war, im Ganzen angenommen. Zur Feststellung des authentischen Textes ist eine Sitzung auf Mittwoch festgesetzt. In das Elaborat wird noch ein Amendement von Nagy aufgenommen, welches sich auf Handels- und Zollverträge, auf indirecte Steuern, Eisenbahnen, sowie auf Geldfuß, Münzwesen und Staatsschuld bezieht. Dieses meldet im Namen der Minorität an, daß dieselbe ihren besonderen Ansichten über das Elaborat noch weiteren Ausdruck geben werde. Der Abgeordnete Böhm es erklärte im Namen der siebenbürgischen Sachsen seine Freude über das Zustandekommen des Elaborats, wodurch die Verbindung Ungarns und Siebenbürgens weiter befestigt würde.

**Brüssel, 4. Febr.** Zu Marchienne-au-Pont ist die Ruhe wieder hergestellt; man erwartet, daß die Arbeiter unverzüglich ihre gewohnte Beschäftigung wieder aufnehmen werden. — Aus Hasselt ist kein neuer Fall der Rinderpest gemeldet worden.

**Kopenhagen, 4. Febr.** In der heutigen Sitzung des Folkethings erklärte der Conferenzpräsident Graf Friis in Beantwortung der Interpellation des ehemaligen Ministers Carlssens über die auswärtige Politik Dänemarks, daß es in dem jetzigen Augenblicke unverantwortlich von Seiten der Regierung sein würde, dem Reichstage Mittheilungen über den Stand der auswärtigen Politik zu machen; sobald es das Beste des Staates erfordere, würde die Regierung nicht unterlassen, sowohl ihrem als in Berücksichtigung der berechtigten Forderungen der Landes-Repräsentation vollständige Erklärungen über den betreffenden Gegenstand abzugeben. Carlssens ließ hierauf seine Interpellation fallen.

**Konstantinopel, 4. Febr.** Es ist beschlossen worden, die einzelnen Militärpersonen zustehenden Rationen abzusuchen und eine Reduktion der Beamtengelder eintreten zu lassen, und zwar der Art, daß bei Gehältern von 3- bis 10,000 Piastern monatlich 20%, bei Gehältern über 10,000 Piastern 30% in Abzug gebracht werden.

**Wien, 4. Februar.** Abendbörse. Animierte Stimmung. Credit-Actien 172.20, Nordbahn 162.50, 1860er Loose 86.00, 1864er Loose 82.50, Czernowitzer 184.00, Napoleonsd'or 10.27.

## Landtagsverhandlungen.

24. Sitzung des Herrenhauses am 4. Februar.

Erster Gegenstand der L.-D. ist das Gesetz, betreffend die Rinsgarantie des Staates für die Eisenbahn Röllin-Danzig. — Die Commission beantragt, das Gesetz unverändert in der Form anzunehmen, wie es vom Abgeordnetenhaus herübergekommen ist. — Hr. v. Kleist-Regow richtet das Ersuchen an die Staatsregierung, das zweite Geleise der Ostbahn zunächst nur bis Schneidemühl legen zu lassen, da der Bau einer direkten Bahn von Dirschau nach Schneidemühl wünschenswerth sei. — Der Handelsminister erklärt, daß er ein bestimmtes Abgeben, betr. die Legung des zweiten Bahngleises nicht abgeben, sich auch keine Vorschriften darüber machen lassen könne. Der Bau einer Bahn von Dirschau nach Schneidemühl sei allerdings wünschenswerth, und solle sobald wie möglich in Erwägung gezogen werden. — Das Gesetz wird darauf angenommen.

Der zweite Gegenstand der L.-D. ist das Gesetz, betr. die Anleihe von 24 Mill. zu Eisenbahnzwecken. — Die Commission beantragt, den Gesetzentwurf, wie er im Abgeordnetenhaus beschlossen worden ist, mit der Modifikation anzunehmen, daß der § 6 folgendermaßen gefaßt werde: „Jede Verfügung der Staatsregierung über die Verbindungsbahn zu Berlin, die Eisenbahnen von Dittersbach nach Altwasser

und von Saarbrücken nach Saargemünd durch Veräußerung bedarf der Zustimmung der Landesvertretung.“ Nach dem Beschluß des Abgeordnetenhauses lautete der § 6: „Jede Verfügung der Staatsregierung über eine der durch dieses Gesetz berührten Eisenbahnen durch Veräußerung oder Verpachtung bedarf zu ihrer Rechtsgültigkeit der Zustimmung beider Häuser des Landtages.“ In dem Vorschlage der Commission des Herrenhauses sind also ausgelassen von der im obigen Paragraphen ausgesprochenen Beschränkung: die Ostbahn, die Westphälische Eisenbahn, die Niederschlesisch-Märkische Bahn, die schlesische Gebirgsbahn und die Verbindungs-Eisenbahn in Breslau. — Berichterstatter Dr. Elwanger empfiehlt die Annahme des Commissions-Antrages, ebenso Graf Rittberg: Eine so wichtige Prinzipienfrage, wie die im § 6 enthaltene, dürfe nicht so nebenbei in einem Spezialgesetz behandelt werden.

Dr. Baumstark bittet, den § 6 so anzunehmen, wie er vom Abgeordnetenhaus beschlossen worden ist; das Gesetz werde sonst in dieser Session nicht mehr zu Stande kommen. Nach Art. 99 d. Verf. habe das Abgeordnetenhaus das materielle Recht zur Aufstellung dieses Paragraphen. Das Abgeordnetenhaus hat das richtige Princip auf einen speciellen Fall angewandt; ist zu dem Beschluß durch das Verfahren der Staatsregierung bei der Köln-Mindener Eisenbahn bewogen worden. Die Vorwürfe, die man dem Abgeordnetenhaus darüber macht, sind ungerechtfertigt. Der Beschluß ist weder ein Eingriff in die Executive, noch in die Staatsverwaltung. Höchstens können die Worte „oder Verpachtung“ Bedenken hervorrufen; diese kann man aber streichen, und das Abgeordnetenhaus wird auf diese Aenderung wohl eingehen. Die Herren Minister des Handels und der Finanzen haben allerdings erklärt, daß sie nicht daran denken, die Bahnen zu veräußern; so anerkennt man aber ehrenwerth diese Versicherung auch ist, so ist sie doch objectiv nicht genügend; man muß aber bedenken, daß sowohl die Persönlichkeiten des Ministeriums, als die Rechtsanschauungen Wandlungen unterworfen werden können. Das ist ja eben der Hauptgrund für den Paragraphen; das Recht der Landesvertretung, das gegenwärtig nicht bestritten wird, soll ein für alle Mal festgesetzt werden; dies ist eben so nöthig, wie die Sicherstellung der Rechte der Krone. Das Abgeordnetenhaus ist deshalb vollständig in seinem Recht. — Der Antrag der Commission ist unvollständig und zwecklos; ich bitte, ihn deshalb abzulehnen. Ich würde es tief bedauern, wenn ein neuer Conflict hervorgerufen würde; ich bitte deshalb das Haus dringend, das Möglichste zur Vermeidung desselben zu thun. Ich bitte dabei zu bedenken, daß Preußen gerade jetzt Angesichts des Norddeutschen Bundes alle Veranlassung hat, danach zu streben, das Vertrauen in Deutschland zu gewinnen. Die Anerkennung des Rechtes der Volksvertretung würde nicht unerheblich dazu beitragen.

Ministerpräsident v. Bismarck: Die Regierung hält das Zustandekommen des vorliegenden Gesetzes nicht nur für nützlich, sondern für nothwendig, und sie würde es tief bedauern, wenn dasselbe durch die Einmischung solcher prinzipieller Fragen in ein spezielles Gesetz verhindert und die Regierung in die Lage gebracht würde, sich Ausgaben versagen zu müssen, welche im Interesse des Landes geboten sind. Sie würde dies um so mehr bedauern, als der materielle Unterschied der verschiedenen Meinungen ein sehr geringer ist. Die Regierung hat nicht die Absicht und hält sich nicht für befugt, Staatsbahnen zu veräußern, über deren Erträge gesetzlich disponirt ist; — und in diese Kategorie fällt die Mehrzahl aller unserer Staatsbahnen. Die Regierung hat diese Meinung gegenüber der westphälischen Bahn beibehalten; dieselben Kriterien, wie bei dieser Bahn treffen aber bei den meisten zu. Der factische Unterschied ist also sehr gering und es ist um so bedauerlicher, daß durch die prinzipielle Natur der gestellten Anträge im andern Hause über diese Angelegenheit von Neuem ein Conflict wieder hervorgerufen wird. Die Regierung kann sich nicht entschließen, prinzipiell auf ein System einzugehen, welches die Bewilligung von Möglichkeitsausgaben von der Interpretation der Verfassung abhängig macht. Wenn diese Bestimmung nur auf die neu zu bewilligenden Bahnen ausgebeugt werden soll, so ist die Regierung damit einverstanden, aber sie kann sich nicht dazu verstehen, eine prinzipielle Frage in der Allgemeinheit, wie es versucht worden ist, bei Gelegenheit einer bloßen Möglichkeitanlage zur Entscheidung zu bringen. Es wäre dies ein System, welches zu weit führen würde, wenn man es einreisen ließe, ein System, welches auf der Fiction basiert, daß das materielle Wohl des Landes dem Landtage weniger am Herzen liegt, als der Regierung, und daß man auf die Vorliebe der Regierung für das materielle Wohl des Landes die Speculation basiren könne, ihr nur dann die Erlaubniß zu Ausgaben zu ertheilen, wenn sie diese oder jene prinzipielle Concession macht. Dem muß entgegen getreten werden; der materielle Unterschied in der Frage ist ja, wie gesagt, nur gering. Die Regierung hofft, gar nicht in die Lage zu kommen, daß sie eine Veräußerung von Staatsbahnen beantragen muß. Die Regierung würde sich nur im äußersten Nothfalle, den sie nicht erwartet, dazu entschließen können. Ich brauche wohl nicht daran zu erinnern, von welchem Nutzen für die Durchführung der Politik es gewesen ist, daß wenigstens die Köln-Mindener Frage offen stand; ohne diese konnten wir die Politik des vorigen und des vorvorigen Jahres, die die Vorbereitung dazu war, gar nicht durchführen ohne finanzielle Wagnisse, von welchen ich nicht weiß, ob wir sie würden übernommen haben. In einer Lage, wo uns jeder Weisand des Landtages versagt wurde, wo uns die Mittel für den dänischen und österreichischen Krieg abgeschlagen wurden, und die Regierung allein auf die Mittel angewiesen war, die sie flüssig machen konnte, hat sie sich zu dem Schritt mit der Köln-Mindener Bahn entschlossen. Ich hoffe, daß solche

Situationen nicht wieder vorkommen werden, daß selbst angestrichen eines großen und gefährlichen Krieges zahlreiche Parteien, wie sie in dem aufgelösten Abgeordnetenhaus vorhanden waren und zur Herrschaft gelangten, ihre Parteipolitik so hoch über die des Landes stellen, daß sie den Krieg gegen ihr eigenes Ministerium für wichtiger halten, als den Krieg gegen einen auswärtigen Feind. Ich hoffe, daß das nicht wieder vorkommen wird. Aber es ist eine entmutigende Wahrnehmung, wenn unmittelbar nach dem Schluß eines Conflictes, welchen die Regierung eben so schwer empfand, als das Land, ohne allen Grund in einer speziellen Eisenbahnangelegenheit ein Princip zur Entscheidung zu bringen versucht wird, von welchem man wußte, daß die Regierung ihm entgegentreten mußte. Die Regierung würde geglaubt haben, sich am Frieden des Landes zu veründigen, wenn sie erklärt hätte, den Bau der proponirten Bahnen nur dann vornehmen zu wollen, wenn der Landtag in der prinzipiellen Frage nachgibt; man würde dann der Regierung mit Recht vorwerfen können, daß sie den Conflict von Neuem heraufbeschwören wolle und daß sie in den letzten Jahren Nichts gelernt habe. Es ist aber gar kein Grund vorhanden, diese Frage bei dieser Angelegenheit zur Entscheidung zu bringen, da der materielle Unterschied ja nur ein geringer ist. Wenn wir aber sehen, daß unmittelbar nach diesen Erlebnissen, von denen man geglaubt hätte, daß sie eine gewisse Schüchternheit, eine gewisse Scheu solchen Fragen gegenüber erzeugt hätten, man in einer Situation, wo wir die Einigkeit im Innern und dem Auslande gegenüber bräuen, mit Leichtigkeit wieder einen solchen Conflict erzeugt, von Neuem solche Fragen aufwirft, so ist dies entmutigend, und es würde mir sehr leid thun, wenn wir mit dieser Disharmonie die letzte Session, die doch sonst im Ganzen einen so befriedigenden Eindruck macht, beschließen sollten. Aber die Regierung würde lieber diese Möglichkeitanlage unterlassen, als das System einführen lassen, daß solche Gelegenheiten wahrgenommen werden könnten, um allgemeine Prinzipienfragen zur Entscheidung zu bringen. Sie würde lieber den Verkehr auf der Ostbahn allen Inconvenienzen aussetzen, sie würde es zugeben müssen, selbst wenn die Berliner Verbindungsbahn pelziglich inhißirt würde. Sie hat gezeigt, daß sie das Verfahren, wie sie es bei der westphälischen Eisenbahn innegehalten hat, auch in Bezug auf andere Bahnen einzuhalten jederzeit gesonnen gewesen ist. Im Sinne dessen, was ich gesagt habe, würde mir auch ein Amendement, welches diese Bestimmung auf die neu zu erbauenden Bahnen beschränkt, vollständig willkommen sein. Dagegen bin ich mit dem Hrn. Vorredner darin einverstanden, daß die Entscheidung über die Verpachtung oder Nichtverpachtung allerdings einen Eingriff in die Verwaltung enthält. Die Consequenz würde dazu führen, daß auch auf die Forstwirtschaft dieselben Grundsätze übertragen werden müßten, denn es ist doch unzweifelhaft, daß bei dem großen und kostbaren Holzbestande unseres Landes die Regierung diese Einnahmequellen dauernd schädigen könnte. Man sollte wirklich glauben, daß die Regierung überhaupt eine gemeinschädliche Einrichtung sei, gegen welche das Volk sich nicht genug vorsehen könne. Denn wenn dieses Prinzip nicht die Bestimmungen Mancher beherrscht, so wäre es unbegreiflich, wie sie zu der Voraussetzung kommen könnten, daß die Regierung den Drang fühle, Staatsbahnen in muthwilliger Weise zu veräußern, selbst wenn die rechtliche Befugniß klarer wäre, als sie selbst nach den Erklärungen, die ich Namens des Staatsministeriums abgegeben habe, glaubt. (Bravo!)

v. Tettau wendet sich gegen die Ausführungen des Dr. Baumstark und empfiehlt den Commissionsantrag. Der „Geist der Verfassung“ werde von Jedem anders ausgelegt; er halte es diesem Geiste der Verfassung für angemessen, daß auch dem Könige gewisse Rechte blieben.

Handelsminister Graf Jkenplig: Die heutige Debatte zeigt mir, wie sehr wir schon vom Verfassungsleben durchdrungen sind. Auseinandersetzungen über den materiellen Inhalt der Vorlage scheinen gar nicht nöthig zu sein, man begnügt sich damit, Verfassungs-Paragraphen zu citiren. Ich möchte doch aber auch der Sache Rechnung tragen und einige Punkte klar machen, um zu zeigen, daß die 24 Mill. wirklich nicht entbehrt werden können. Denn die berechtigten Anforderungen des Verkehrs können nicht unberücksichtigt bleiben, wenn nicht die allergrößten Uebelstände entstehen sollen. Der Redner weist die Nothwendigkeit der Anleihe für die Eisenbahnzwecke im Einzelnen nach.

Dr. Dernburg: Die Veräußerung von Staatsvermögen ohne Zustimmung des Landtages sei allerdings verfassungswidrig; er füge sich dabei auf Art. 103 der Verf. Aber man dürfe dabei nicht so weit gehen, um des Princips willen die Sache selber in Frage zu stellen; dazu sei gegenwärtig die Zeit nicht angethan, wo man vielmehr das Ministerium in jeder Hinsicht unterstützen müsse.

v. Senft-Pilsach: Der Vorwurf des Handelsministers gegen das Haus sei unbegründet. Unberechtigten Forderungen des anderen Hauses entgegenzutreten, sei aber um so mehr Grund vorhanden, je höher diese Forderungen angepaßt wären.

Die General-Discussion wird geschlossen und darauf § 1 bis 5 angenommen. — Zu § 6 erklärt Dr. Baumstark: Er verteidige die vom Abgeordnetenhaus festgestellte Fassung und verwahre sich dagegen, daß damit ein neuer Conflict heraufbeschworen werde; das hätte vielleicht durch Annahme des Commissions-Antrages des Abgeordnetenhauses geschehen können wegen der allgemeinen Fassung desselben. Es aber fühle er sich durch sein Gewissen gedrungen, der jetzigen Fassung seine Zustimmung zu geben.

v. Kleist-Regow: Die bezügliche Bestimmung, die durch das andere Haus hineingebracht sei, sei sowohl rechtlich wie finanziell unzweckmäßig. Ebenso hätte das Abgeordneten-



haus ja einen Paragraphen einschließen können, wonach das Herrenhaus abgelehnt werden solle.

Handelsminister Graf Tzenpliz: Die Vorlage wegen der westphälischen Bahn, die heutige Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten und die in Ihrem Commissionsbericht citirten Stellen aus dem Landrecht stehen alle in einem notwendigen Zusammenhang. Es geht aber zugleich daraus hervor, daß zu einer verfassungsmäßigen Differenz kein genügender Gegenstand vorhanden ist, daß es also vollkommen richtig ist, daß der § 6 in der Fassung des Abgeordnetenhauses nicht zulässig ist, daß er ersetzt werden muß durch den § 6, wie Ihre Commission ihn zur Annahme vorschlägt.

Der § 6 nach dem Antrage der Commission wird angenommen, es fällt damit der § 6 des Abgeordnetenhauses sowie das Amendement Baumhark. — § 7 wird gleichfalls angenommen. — Das ganze Gesetz in der so festgestellten Fassung wird darauf mit großer Majorität gegen etwa 10 Stimmen genehmigt.

Der dritte Gegenstand der L.-D. ist das Gesetz, betr. den Schutz wahrheitsgetreuer, durch die Presse erstatteter Berichte über die parlamentarischen Verhandlungen des Reichstages des Norddeutschen Bundes. — Die Commission, deren Beratungen kein Vertreter der Staatsregierung beigewohnt hat, beantragt das Gesetz, wie es vom Abgeordnetenhaus angenommen worden ist, zu genehmigen.

Graf Brühl erklärt sich gegen das Gesetz, da gar kein Beweggrund vorhanden wäre, den Zeitungen eine so große Befugnis einzuräumen. Es ist übrigens, fuhr er fort, eine interessante Erscheinung, daß das Abgeordnetenhaus jetzt den Ausspruch des Obertribunals über Art. 84 der Verf. anerkannt hat. Denn dadurch, daß Art. 84 nicht wörtlich in dies Reichswahlgesetz aufgenommen worden, sondern statt „Meinungen“ „Äußerungen“ gesetzt worden ist, hat man die Ansicht des Obertribunals für richtig erklärt. Die Zeitungen dürfen nicht die Berechtigung haben, alle und jede Äußerung ungestraft zu veröffentlichen, denn es ist oft die Hauptabsicht der Redner, daß ihre Äußerungen durch die Presse im ganzen Volke bekannt werden; darf nicht Alles veröffentlicht werden, so werden sich die Redner selbst Zäum anlegen und ihre Reden danach einrichten. Die Freiheit der Presse ist bei uns schon umfassend genug, und es ist nicht wünschenswerth, daß die preussischen Zeitungen noch vor den übrigen deutschen bevorzugt werden.

Ministerpräsident Graf Bismarck: Die Staatsregierung glaubt in der Bewilligung der Redefreiheit dem Reichstage gegenüber so weit gegangen zu sein, wie es von irgend einer Seite verlangt worden ist. Etwas anderes aber ist die Freiheit der Rede, etwas anderes die Freiheit auch zu drucken, was gesprochen worden ist. Ich will nicht darauf hinweisen, daß man zu einem viel größeren und weniger urtheilfähigen Publikum durch die öffentlichen Blätter spricht als von der Tribüne herab, sondern namentlich auf den Umstand, daß im Parlamente selber jede Meinungsäußerung ihr Correctiv finden kann von derselben Tribüne her. Dies Correctiv fehlt aber gerade da, wo es am nöthigsten ist. Denn gerade in Kreisen, wo das selbstständige Urtheil mehr mangelt, wird man selten zwei Zeitungen halten, um sich unparteiisch über die Verhandlungen zu unterrichten. Man hält nur eine, und diese pflegt nur die extremsten Reden im Sinne ihrer Partei wiederzugeben. Derjenige, der das liest, ist nicht in der Lage, diese Äußerungen und Parteauffassungen nach dem Maße der Widerlegung, die sie erfahren haben, abzuwägen und sich das Richtige aus dem Widerstreit verschiedener Meinungen herauszuziehen, sondern er liest eben nur den einen Redner, der gerade der Freund der Zeitung ist, die er hält. Ich führe dies an, um die Regierung zu rechtfertigen und darzulegen, daß sie nur gleiche Bertheilung von Sonne und Wind bei dieser Gelegenheit wünscht auch in derjenigen Arena, die nur dem Zeitungsleser zugänglich ist. Dies ist aber in einem solchen Kreise un erreichbar und das Correctiv des Strafgesetzes daher unabweislich, weil parlamentarische Excesse im Publikum kein anderes Correctiv finden. Außerdem ist es auch sehr fraglich, ob es überhaupt der Entwidlung der deutschen Verfassung förderlich ist, wenn den Parteien das Mittel der Aufregung, welches die Presse bietet, in uneingeschränktem Maße bewilligt wird. Das Parteiwesen ist bei uns durch die Gewohnheit noch nicht so weit abgemildert, daß jede Partei das Vaterland höher stellt, als die Partei. Wir haben darüber noch in der jüngsten Zeit traurige Erfahrungen gemacht; wir haben gesehen, daß die Eitelkeit doch schließlich höher steht, als das Interesse für das Gedeihen der Nation. Hoffen wir, daß nicht die schlimmsten Vertreter nach dieser Richtung hin gewählt werden; aber immerhin ist es doch möglich, daß Leute, die jeden Staatszweck negiren, gewählt werden. Nehmen Sie den Fall an, daß Leute, die sich vom Vaterlande vollständig losgesagt, und zwar schamlos losgesagt, die offenkundig im Solde des Auslandes gegen ihr Vaterland reden und schreiben, nehmen Sie an, daß solche Leute gewählt werden, — und es werden ja wohl derartige Personen als Candidaten genannt — mit dem Rechte, beliebige Zeitungs-Artikel straflos zu dictiren, so kann damit, das ist unleugbar, ein gewaltiger Mißbrauch getrieben werden, dem man unmöglich freien Spielraum gewähren kann.

v. Bernuth befragt den Commissionsantrag und tritt den Ausführungen des Ministerpräsidenten entgegen, in denen er übrigens eine directe Erklärung vermisst. Das vorgeschlagene Gesetz ist durchaus gerechtfertigt und vollständig correspondirend mit der betr. Bestimmung der preuss. Verfassungs-Urkunde, und ist ein nothwendiges Correlat zur Redefreiheit der Abgeordneten, die für den Norddeutschen Reichstag gleichfalls garantirt ist. Die Gefahr, die daraus entstehen könnte, ist nicht so groß, wie sie der Hr. Ministerpräsident darzustellen versucht hat. Die bei weitem größte Mehrzahl der Abgeordneten wird ja doch aus Männern bestehen, welche die deutsche Politik Preußens unterstützen; einzelne preußensfeindliche Redner werden dann im Hause widerlegt werden, und dies wird durch die Presse gleichfalls geschehen.

Ministerpräsident Graf Bismarck: Den Grund, den der Hr. Vorredner für das Gesetz angeführt hat, daß in unserer Verfassung eine ähnliche Einrichtung getroffen sei, kann ich nicht anerkennen. Die Thatsache ist allerdings richtig, ich komme aber nicht zu demselben Schlusse. Wenn es sich in unserer Landesverfassung de lege ferenda handelte, würde ich ebenso gegen diese Bestimmung sein. So ganz gering, wie der Hr. Vorredner meint, sind die Uebelsände doch nicht, die daraus entstehen, wenn einzelne Abgeordnete am Reichstage oder auch nur ein mit fremdem Gelde gekaufter Abgeordneter das Privilegium hat, Reden landesverrätherischen Inhalts ungestraft zu halten und in Tausenden von Exemplaren im Lande zu verbreiten.

v. Kleist-Regow entschuldigt die Majorität der Commission, weil sie die Annahme des Gesetzes empfohlen. Dies

komme daher, weil man die Intentionen der Staatsregierung nicht gekannt habe; weber im Abgeordnetenhaus, noch in der Commission des Herrenhauses habe sie sich darüber geäußert. — v. Mebing (Vorsitzender der Commission) erklärt, daß er nunmehr auch gegen das Gesetz stimmen werde. — Ref. Hefster befragt den Commissionsantrag. — Ein Antrag auf namentliche Abstimmung wird nicht hinreichend unterstützt; darauf wird über das Gesetz abgestimmt; dasselbe wird jedoch mit allen gegen 8–10 Stimmen abgelehnt; dagegen stimmten auch die Minister Bismarck, Tzenpliz und Lippe. (Schluß folgt.)

### Ein Schreiben des Hrn. Dr. Langerhans.

Hr. Dr. Langerhans in Berlin hat an den Redacteur dieser Zeitung folgende Zeitschrift gerichtet:

„Gehörter Herr Redacteur! Sie haben die von mir in Danzig gehaltene Wahlrede nach einem stenographischen Bericht, der mir zur Durchsicht nicht vorgelegen, veröffentlicht. Ohne Sie mit einer Berichtigung der zum Theil sinnentstellenden Fehler beunruhigen zu wollen, ersuche ich Sie dieses Schreiben in Ihre Zeitung aufzunehmen. Meine Stellung im Central-Wahlcomité konnte selbstverständlich kein Hinderniß für mich sein, mich als Parteimann unter den gegebenen Verhältnissen meinen Gesinnungsgenossen zur Verfügung zu stellen. Persönliche Angriffe irgend welcher Art haben mir überhaupt fern gelegen. Wenn ich offen meine Ansicht über die Partei der Nationalen ausgesprochen, so geschah dies nicht bloß in Hinblick auf meinen Nebencandidaten, sondern vorzugsweise um meinen politischen Standpunkt klarer hervorzuhellen.“

„Was meine Äußerungen betreffen der Abstimmungen über Indemnität und Dotationen betrifft, kam es mir wesentlich nur darauf an, zu constatiren, daß die Abgeordneten, die die nationale Partei bildeten, dafür gestimmt haben, nicht etwa darauf, daß ihre Stimmen gerade den Ausschlag gaben. Nach dem vorliegenden stenographischen Bericht ist deshalb meine Ausdrucksweise nicht correct gewesen oder mißverstanden.“

„Betreffs der Billigung der Armeeorganisation in ihrer Totalität durch die Annahme des Antrages von Reichheim liefert der stenographische Bericht des Abgeordnetenhauses den besten Beleg. Der Birchow-Baerfische Antrag wurde mit 163 gegen 153 Stimmen verworfen, unter den 163 waren 8 Stimmen von Nationalen.“

„Bei Besprechung der Interpellation betreffs meiner Wahl in Birbaum-Santer soll nach dem Bericht Ihrer Zeitung die 5 Tage vor der Wahl an mich gestellte Anfrage gelautet haben: ob ich eine Wahl, die durch Compromiß mit den Polen bewirkt werden könne, annehmen wolle? Das ist nicht richtig. Ich habe gesagt: 5 Tage vor der Wahl ist an mich die Anfrage gestellt, ob ich ein Mandat für B.-S. annehmen wolle, der Compromiß sei aber ausgeschlossen.“

„Schließlich erlaube ich mir die Bemerkung, daß ich den Schluß des Briefes des Hrn. Twesten unmöglich auf das, was ich gesagt habe, beziehen kann.“

„In der Hoffnung, daß die liberale Partei sich vielleicht auf Twestens oder meine Wahl einigt, und in der sicheren Voraussetzung, daß bei etwaiger engerer Wahl einer von uns der Candidat der ganzen liberalen Partei sein wird, halte ich ein Eingehen auf diesen persönlichen Angriff für unrichtig. Mich Ihnen bestens empfehlend, ergebenst Dr. Langerhans.“

Wir machen hierzu nur folgende Bemerkungen: Die Rede des Hrn. Dr. Langerhans ist von 4 Stenographen aufgezeichnet und schließlich noch von unserem Referenten mit seinen Aufzeichnungen verglichen. So lange Hr. Dr. Langerhans nicht den Nachweis führen kann, daß der stenographische Bericht Fehler enthält, und welche, wird derselbe für uns maßgebend sein müssen. Gerade diese Schlagwörter der Rede: die National-Liberalen hätten bei der Indemnität und den Dotationen den Ausschlag gegeben u. s. w. — werden von hiesigen Anhängern des Hrn. Dr. Langerhans wörtlich in den kleineren Bezirksversammlungen mit großem Eifer colportirt, auf diese stützt man die ganze Opposition gegen Twesten. Wir hatten Gelegenheit das mit anzuhören.

Wenn Hr. Dr. Langerhans sagt, seine Ausdrucksweise sei „nicht correct gewesen“, so ist das in der That ein sehr milder Ausdruck. Oder nennt man das etwa „nicht correct“, wenn Jemand das Gegenheil von dem behauptet, was in Wirklichkeit geschehen ist? Wir verweisen nochmals auf die Twesten'sche Antwort. Wir selbst haben bereits nachgewiesen, daß für die Indemnität nicht bloß die National-Liberalen, sondern ein erheblicher Theil der Fortschrittspartei (darunter Löwe, v. Kirchmann, Dunder etc.) gestimmt haben, und daß die Mehrzahl der Mitglieder der Fortschrittspartei die Bewilligung der 1½ Millionen Dotationen für die Generale ebenfalls beantragten. Weßhalb — fragen wir nochmals Hr. Dr. Langerhans — hat er gerade die National-Liberalen angegriffen und nicht ebenso seine Freunde von der Fortschrittspartei?

Am meisten aber überrascht uns die obige Ausführung des Hrn. Dr. Langerhans in Betreff des Militäretats. Hr. Dr. Langerhans hatte bekanntlich in seiner Rede behauptet, der schwerste Vorwurf treffe die National-Liberalen dadurch, daß sie in der Budgetfrage über die Heeres-Reorganisation hinweggegangen seien, und daß sie diese Frage von der Tages-Ordnung gestrichen hätten. Was führt Hr. Dr. Langerhans zur Rechtfertigung dieser Behauptung an? Der Birchow-Baerfische Antrag sei mit 163 gegen 153 Stimmen verworfen, und unter den 163 wären 8 Stimmen von Nationalen. Also weil ¼ der Nationalen gegen den Birchow-Baerfischen Antrag gestimmt hat, der übrigens auch die ganze geforderte Summe für den Militäretat bewilligen wollte, und wenn 16 der Nationalen mit der Fortschrittspartei gestimmt haben, ist man berechtigt, allen 24 Nationalen den Vorwurf zu machen? Weiß denn Hr. Dr. Langerhans nicht, daß gerade einer der Antragsteller, der Baron v. Baer, der verdienstvolle Referent für den Militäretat, Mitglied der national-liberalen Fraction ist? Wir zweifeln daran, daß Hr. Dr. Langerhans mit einer solchen Deduction bei den hiesigen Wählern Glück machen wird. Aber die Hauptsache ist, und das berührt Hr. Dr. Langerhans gar nicht: Bevor das Abgeordnetenhaus in die Beratung des Militäretats eintrat, gab dasselbe gemäß dem Antrage des Abg. Waldeck die Erklärung ab: 1) daß dieser Etat einen wesentlich provisorischen Character an sich trägt. . . . 2) daß die Bewilligung der in diesem Etat geforderten Summen nicht eine Genehmigung aller denselben zu Grunde liegenden tatsächlichen Einrichtungen in sich schließt, vielmehr daran festgehalten werden muß, daß in Gemäßheit der Art. 34 und 35 der Verfassungs-Urkunde das Gesetz vom 3. September 1814 bis zum verfassungsmäßigen Zustandekommen eines neuen Organisationsgesetzes die gesetzliche Norm für die Dauer der Dienstzeit im stehenden Heere und für das Verhältniß der Landwehr in demselben bildet.

Für diese Erklärung stimmten sämtliche Mitglieder der

nationalen Fraction, sie wurde mit 165 gegen 155 Stimmen angenommen. Und das nennt Hr. Dr. Langerhans ein Streichen der Frage von der Tagesordnung? Und der Twesten'sche Antrag: 600,000 R. für die vermehrte Cavallerie nicht zu bewilligen, der auch bei der Fortschrittspartei keinen Anklang fand, existirt der für Hrn. Langerhans gar nicht?

In der That — wir sollten meinen, wenn man daran geht, Männer mit einer Vergangenheit, wie sie Twesten hat, anzugreifen, dann sollte man doch wenigstens in Bezug auf tatsächliche Mittheilungen — wir wollen hier wieder den milden Ausdruck des Hrn. Langerhans wählen — „correct“ verfahren.

### Politische Uebersicht.

Aus Wien wird der „Schles. Ztg.“ von vorgestern Abends telegraphirt: „Eine Ministerkrise ist ausgebrochen, und steht die Ernennung eines Reichsministers, in welchem Auerperg Reichsminister sein würde, neben den ungarischen und cisleithanischen Ressortministern in Aussicht. Frhr. v. Buys soll interimistisch Staatsminister statt des Grafen Belcredi werden.“ (Vergl. die Tel. Nachr.)

Der „N.-b. Corr.“ läßt sich aus München schreiben: „Es wird versichert, daß die französische Regierung bezüglich des hohenloheischen Programms bei unserem Hofe Reclamationen erhoben habe, nachdem die Wiener Regierung damit vorausgegangen. Bin ich recht berichtet, so macht sich bereits der Beginn einer neuen politischen Schwenkung bemerkbar, die aber die mal nicht von der Regierung ausgeht. Ob äußere oder innere Einflüsse dabei im Spiele sind, bin ich anzugeben außer Stande. Eine der nächsten Sitzungen der Kammer der Reichsräthe dürfte hierüber einige Andeutungen geben.“

Berlin, 4. Febr. Der Landtag wird, wie das „N. A. Z.“ meldet, am Donnerstag, spätestens Sonnabend, und, so weit bis jetzt bestimmt ist, von S. M. dem Könige in Person geschlossen werden.

In Bezug auf die Candidatur des Hrn. v. Blandenburg für den Kreis Naugard-Regenwalde hat der Landrath dieses Kreises folgende Mittheilung an die conservativen Wähler im Umlauf gesetzt: „Ich bin amtlich veranlaßt, zu erklären, daß der K. Staats-Regierung die Wahl des General-Landschafts-Raths v. Blandenburg zum Norddeutschen Parlament durchaus erwünscht sein würde. Gestützt auf die großen Erfolge, welche die Regierung in ihrer innern und äußern Politik errungen, wendet sie sich mit vollem Vertrauen an die Wähler in der festen Erwartung, daß sie auch ihrerseits ihr Vertrauen schenken, und solche Abgeordneten wählen werden, welche sich als wahre Freunde der Regierung bewährt haben. Labe, 31. Januar 1867. Der Landrath v. Loeper.“

Die Ziehung der 2. Klasse 135. K. Klassen-Lotterie wird am 12. Februar d. J. ihren Anfang nehmen.

Italien. Die „Italie“ meldet, daß Prinz Humbert, „der unverzüglich nach Wien abreisen sollte“, diese Reise aufgeschoben habe. Italien wird diese Nachricht gerne vernehmen; die projectirte österreichische Heirath wird sehr unpopulär, und gewiß nicht ohne Grund. — Die beiden kleinen preussischen Kriegsschiffe „Musquito“ und „Rover“, von denen eins als Schule für die Schiffsjungen dient, liegen gegenwärtig im Hafen von Genua.

Amerika. New-York, 23. Jan. Dem Repräsentantenhaus liegen Resolutionen vor, daß im Süden keine Staatsregierungen existiren und daß der Süden in der Ratification des Verfassungs-Amendements keine Stimme habe. — Die Indianer auf den großen Prairien des Westens zeigen sich von Tag zu Tage drohender und kriegerischer und haben leglich zahlreiche Mordthaten verübt. — Unter dem Vorsitze des Mayors Hoffmann ist in New-York eine Versammlung zur Unterstützung der Kreter abgehalten worden. — In Toronto sind wieder zwei Fenier zum Tode verurtheilt worden.

### Danzig, den 5. Februar.

\* Ein gestern erschienenes Flugblatt, herausgegeben im Auftrage des sogenannten „liberalen Comités“ von dessen Vorsitzenden, enthält u. A. folgenden Passus: „Ein Feind der geheimen Abstimmung — also der unbedingten Freiheit Eurer Entscheidung — ist der, welcher Euch vor der Wahl zur öffentlichen Abstimmung überreden will, nämlich so, daß er Euch durch Namensunterschrift oder sonst wie in Pflicht nehmen will, für einen bestimmten Candidaten zu stimmen. Bei solcher Anforderung treten Beschränkungen Eurer Freiheit ein. . . . Es ist Euer Vorgesetzter, es ist Euer Arbeitgeber, Euer Kunde, Euer Arbeitgeber, oder sonst ein Mann, dem Ihr Dank schuldig zu sein meint, oder der Euch schaden kann — und wenn der Euch nun fragt: „Wollt Ihr nicht für den und den stimmen?“ — dann wird es Euch schwer „Nein“ zu sagen, obwohl es Euch so um's Herz ist. Wer Euch so überreden will mit all dem Einfluß, den er auf Euch hat, das ist kein Freund d. s. allgemeinen, directen und geheimen Wahlverfahrens! Dem folgt nicht! Und seid Ihr so schwach gewesen, ihm zuzustimmen: so ist ein solches „Ja“ null und nichtig. Denn Niemand durfte Euch ein Versprechen abnehmen, durch das Ihr aus Gefälligkeit oder allerlei Rücksichten Euer Recht aufopfert.“

Wir wollen die Verdächtigungen und die Moral, die in diesen Zeilen liegen, nicht beleuchten. Die Wählerschaft Danzigs hat genug gesunden Sinn, um eine solche Art der Agitation hinreichend zu würdigen. Wir wollen nur hervorheben, daß dieses Flugblatt von einem Comité ausgeht, welches sich trotz des Widerspruchs einer sehr großen Zahl liberaler Wähler „das liberale Comité“ und ihren Candidaten „den Candidaten der liberalen Partei“ nennt. Wir können uns allerdings denken, daß es den Herren nicht sehr angenehm sein mag, wenn jetzt eine große Anzahl liberaler Wähler sich öffentlich für Twesten erklärt und damit der Wählerschaft den besten Aufschluß darüber giebt, daß es in unserer Stadt sehr viele Liberale giebt, die durch das Comité der Herren Weiß, Röchner etc. nicht vertreten sein wollen. Verlangen die Herren etwa, daß man es schweigend hinnehmen soll, wenn sie fortwährend die Vertretung der liberalen Partei in Anspruch nehmen und Dr. Langerhans für den Candidaten „der liberalen Partei“ erklären? Weiß die Wählerschaft doch nicht einmal, wer jetzt noch in dem sog. „liberalen Comité“ Mitglied ist, nachdem der frühere Vorsitzende und wenigstens drei andere Mitglieder ausgetreten sind und zwei von vornherein die Theilnahme abgelehnt haben!

Aber der obige Passus des Flugblatts erhält noch eine ganz besondere Illustration, wenn man weiß, daß die Anhänger des Hrn. Dr. Langerhans ebenfalls mit Namensunterschriften in den verschiedenen Bezirken zu Wahlversammlungen einladen, daß dieselben in den Häusern umher-







Heute Morgen wurde meine liebe Frau Henriette, geb. Nuhn, von einem gefunden Knaben glücklich entbunden.  
Pr. Stargardt, 4. Februar 1867.  
(8355) Dr. Wallenberg.

**Bekanntmachung.**  
Zufolge Verfügung vom 1. Februar ist am 2. Februar d. J. in das diesseitige Handels- (Gewerkschafts-) Register (unter No. 114, Col. 4) eingetragen, daß die daselbst unter der Firma **Hauke & Schaffer**

eingetragene Handelsgesellschaft durch gegenseitige Uebereinkunft aufgelöst ist und die Liquidation durch die beiden bisherigen Gesellschafter  
1. Amandus Robert Adolf Hauke,  
2. Emil Otto Schaffer  
als Liquidatoren in Gemeinschaft erfolgt.  
Danzig, den 2. Februar 1867.

**Königl. Commerz- u. Admiralitäts-Collegium.**  
v. Grobbed. (8373)

**Bekanntmachung.**  
Zufolge Verfügung vom 1. ist am 2. Februar 1867 in das diesseitige Handels- (Gewerkschafts-) Register (unter No. 165 Col. 8) eingetragen, daß die von dem Kaufmann **Carl Wenzel Krosian** als alleiniger Inhaber der Firma **Herrmann Müller**

hier selbst (No. 667 des Firmenregisters) dem Hrn. **J. Kullmann** ertheilte Procura erloschen ist.  
Danzig, den 2. Februar 1867.

**Königl. Commerz- u. Admiralitäts-Collegium.**  
v. Grobbed. (8372)

**Danziger Privat-Actien-Bank.**

Für die bei der Bank niedergelegten Capitalien werden an Zinsen vergütet:

1. 3 % für solche Gelder, die mit dem Vorbehalte einer zweimonatlichen Kündigung, von der aber nur in den seltensten Fällen und bei bedeutenden Summen Gebrauch gemacht wird, eingezahlt sind;
2. 1 % unter dem Bank-Disconto, mindestens aber 3/4 % und höchstens 5 % für solche Gelder, die mit der Bedingung einer festen Kündigungsfrist von 3 Monaten, von der unter keiner Bedingung Abstand genommen wird, eingezahlt sind.

Danzig, den 23. März 1866.  
**Direction der Danziger Privat-Actien-Bank.**

Schottler, Maske. (1689)

**Die Danziger Credit- und Spar-Bank**

verzinst die bei ihr niedergelegten Gelder vom Tage der Einzahlung ab:

- a) mit 4 %, wenn dieselben zu jeder Zeit und ohne vorangegangene Kündigung,
- b) mit 4 1/2 %, wenn dieselben nach vorangegangener sechswochenl. Kündigung,
- c) mit 5 %, wenn solche nach vorangegangener dreimonatlicher Kündigung und
- d) mit 6 % wenn sie nach vorangegangener sechsmonatlicher Kündigung zurückgezahlt werden sollen.

Danziger Credit- und Spar-Bank.  
**Kempff.**

**Bekanntmachung der Actien-Brauerei Lauenburg.**

Die geehrten Actionaire laden wir zur General-Versammlung auf **Dienstag, den 19. d. M.,** Vormittags 10 Uhr, im Konferenzzimmer der Brauerei ergebenst ein.

- Tagesordnung:
1. Rechenschaftsbericht pro 1866 ic.
  2. Wahl des Aufsichtsraths.

Lauenburg, den 31. Januar 1867.  
**Actien-Brauerei.**

Der Aufsichtsrath Der Firmeninhaber  
**Schmalz. Neiske.**

Für 1 bis 2 Sgr. wöchentlich

**sämmtliche deutsche Classiker**

in vollständigen Ausgaben ihrer sämmtlichen Meisterwerke!

Unterzeichnete Buchhandlung erhielt so eben den ersten Band der neuen wohlfeilen National-Bibliothek der deutschen Classiker.

Dieselbe wird die Meisterwerke aller deutschen Classiker in neuen schönen Ausgaben bringen, nicht in Auszügen, sondern vollständig, dabei zu so beipiellos niedrigen Preisen, daß manches Werk in dieser Ausgabe

**kann den zehnten Theil der bisherigen**

**Preise**

kosten wird, z. B.

**Schillers sämmtliche Gedichte nur 5 Sgr.**

**Schillers sämmtliche poetische und dramatische Werke nur 22 1/2 Sgr.,**

die sämmtlichen Meisterwerke von

**Goethe nur 4 Thlr., Lessing nur 1 Thlr., Wieland 3 Thlr.**

Jeder Band kostet nur 2 1/2 Sgr. Band 1. enthält Bürger, Band 2. Jean Paul, Band 3. Seume, Band 4. Gellert.

Der 1ste Band ist angekommen bei

**Th. Anbuth,**

Langenmarkt 10.

Einen musikalischen Hauslehrer, Theol. oder Phil., so wie eine der franz. Sprache mächtige und erfahrene Lehrerin, welche gediegenen Clavierunterricht ertheilt, suche ich zum sofortigen bez. zum Antritt am 1. April. **Böhrer,** Langgasse 55. (8304)

**Wegen Aufgabe der Branche verfaufte:**  
**Teppiche, Fußdecken,**  
**Cocusematten und Lauferzeuge,**  
**um 20% billiger!**  
**B. Kantorowicz,**  
30. Langgasse 30.  
(Keinen-Lager, Wäsche-Fabrik.) (8312)

**INSTITUT**  
für

**Orthopädie, schwed. Heilgymnastik u. Electrotherapie,**  
**Brodbäufengasse Nr. 10.**

Zur Behandlung kommen in erster Reihe alle Verkrümmungen, sowohl der Wirbelsäule, als auch der Extremitäten. Ferner werden behandelt alle chronischen Krankheiten, Nictus und Rheumatismus, chronische Unterleibsbeschwerden, Nervenerkrankungen, allgemeine Muskelschwäche, Krampfadern, Epilepsie, Bleichsucht, Disposition zur Lungenentzündung, Asthma, Lähmungen, Menstruations- und Hämorrhoidal-Krankheiten.

Sprechstunden täglich Vormittags von 9-11 Uhr, Nachmittags von 3-5 Uhr. (3474)  
**A. Funck, Arzt und Director des Instituts**

**Während des Umbaues befindet sich das Verkaufsbüro in der ersten Etage.** (7843)

**H. M. Herrmann.**

**Für 1 bis 2 Sgr. wöchentlich**  
**sämmtliche deutsche Classiker**

in vollständigen Ausgaben ihrer sämmtlichen Meisterwerke!

Unterzeichnete Buchhandlung erhielt so eben den ersten Band der neuen wohlfeilen National-Bibliothek der deutschen Classiker.

Dieselbe wird die Meisterwerke aller deutschen Classiker in neuen schönen Ausgaben bringen, nicht in Auszügen, sondern vollständig, dabei zu so beipiellos niedrigen Preisen, daß manches Werk in dieser Ausgabe

**kann den zehnten Theil der bisherigen**

**Preise**

kosten wird, z. B.

**Schillers sämmtliche Gedichte nur 5 Sgr.,**

**Schillers sämmtliche poetische und dramatische Werke nur 22 1/2 Sgr.,**

die sämmtlichen Meisterwerke von

**Goethe nur 4 Thlr., Lessing nur 1 Thlr., Wieland 3 Thlr.**

Jeder Band kostet nur 2 1/2 Sgr. Band 1. enthält Bürger, Band 2. Jean Paul, Band 3. Seume, Band 4. Gellert.

Der 1ste Band ist angekommen bei

**L. G. Homann in Danzig,**

Kunst- und Buchhandlung,

Jopengasse 19.

**Alstrachauer Caviar, wirklich frisch, großkörnig und vorzüglich schön, empfiehlt**

**A. Fast, Langenmarkt 34.**

**Frischen Chester-Käse, Camembert, Neufchatel, Bismarck empfiehlt**

**A. Fast, Langenmarkt 34.**

**Frische Perigord-Trüffeln, frischen französischen Blumenkohl, Kopfsalat und Radieschen erhielt**

**A. Fast, Langenmarkt 34.**

Dem Wunsche einiger Gäste nachkommend, eröffne ich außer meinem Wirtstisch, in der oberen Saal-Etage eine

**table d'hôte.**

Abonnements-Preis 8 R. Theilnehmer, so wie die Herren, welche sich schon früher gemeldet haben Theilzunehmen, werden ersucht, sich noch vor dem 15. d. M. zu melden. (8339)

Danzig, den 4. Februar 1867.

**A. Marquardt, Breitgasse 117.**

Gelegenheits-Gedichte aller Art fertigt

**Hindus Dientel, 3. Janiak**

**Ein anständ. junges Mädchen, in allen Handarbeiten geübt, fähig Kindern den ersten wissenschaftlichen auch musikalischen Unterricht zu ertheilen, sucht auf dem Lande oder in der Stadt eine Stelle. Adressen unter 8335 in der Exped. dieser Zeitung.**

**Am Stadtlazareth 3 ist eine Wohnung, bestehend in 3 oder auch 2 Stuben nebst Kabinett so gleich zu vermieten.** (8341)

Da ich mich in Langfuhr etablirt habe, so erlaube ich das geehrte Publikum zu Langfuhr und Umgegend, mich mit allen in meinem Fache vorkommenden Arbeiten beehren zu wollen, für prompte und gute Arbeit wird stets Sorge getragen werden. (8342)

Langfuhr, den 5. Februar 1867.

**W. Senger, Schmiedemstr.**

Einen musikalischen Hauslehrer, Theol. oder Phil., so wie eine der franz. Sprache mächtige, erfahrene Lehrerin, welche gediegenen Clavierunterricht ertheilt, suche ich zum sofortigen bez. zum Antritt am 1. April. (8304)

**Böhrer, Langgasse 55,**

Für Aerzte und Verehrer der Homöopathie.

In 3. Auflage erschien so eben und ist in Danzig vorrätig bei

**E. Doubberck,**

Langgasse 35:

**Jahr, Dr. G. H. G.,**

**Klinische Anweisungen zu homöopathischer Behandlung der Krankheiten.** Ein vollständiges Taschenbuch der homöopathischen Therapie für Aerzte und Verehrer dieser Heilmethode, nach den bisherigen Erfahrungen bearbeitet. Dritte, verb. u. vermehrte Aufl. Nebst einer Einleitung, enthaltend Winke für die Praxis, einer Charakteristik der wichtigsten Mittel u. systematischer Inhaltsübersicht. Broch. 2 R. 12 Gr. — Gebunden 2 R. 20 Gr.

Hat sich dies Werk, der sogenannte „kleine JAHR“ — zum Unterschiede von dem „mittleren“ (Handbuch der Hauptanzeigen) und „großen JAHR“ (Symptomen-Codex) — gleich seit seinem ersten Auftreten überall, wo die weitverbreitete Homöopathie in Ansehen steht, zahlreiche Freunde erworben, so wird es seinen Ruf, gegründet auf reichen Inhalt, übersichtliche Anordnung und zweckmäßige typographische Ausstattung, durch seine dritte Auflage noch erhöhen und sich immer weiter Bahn brechen! Denn, wie in den beiden vorhergehenden Auflagen, so hat sich der Verfasser auch in dieser bestrebt,

durch Aufnahme der neuesten Erfahrungen und Beobachtungen, so wie durch noch auffälliger Hervorhebung der bemerkenswerthen Mittel und Hinzufügung vieler neuer höchst wichtiger Fingerzeige für angehende Praktiker,

dieses Buch zu einem wahrhaft praktischen Rathgeber für die sich täglich mehrenden Anhänger der Homöopathie zu gestalten.

**Leipzig, Literarisches Institut**

(Adolph Niedergaess.) (8352)

**Ein Rittergut,**

2 1/2 Meile v. d. Bahnstation u. 1 M. v. d. Chaussee entfernt, mit 1400 Morg., davon 400 M. vorzügliche Wiesen, 70 M. Wald, übrige Acker in hoher Cultur; Juv.: 60 Pferde, 40 St. Rindv., 900 Negrettischafe; im Betriebe Brennerei, Gebäude durchweg sehr gut, daran schöne Gärten u.; Grundsteuer 127 R., ist für den billigen Preis von 75 Tille, bei 25 M. Anzahl. zu verkaufen. Reflectanten ertheilt das Nähere

**Abt. Rob. Jacobi in Danzig,**

Neugarten No. 2.

Ein Eleve für die Landwirthschaft, mit guten Schulkenntnissen ausgerüstet, wird empfohlen durch Makler König, (8338)

bei Hrn. Conditor S. a Porta, Vormittags 10-12 Uhr, später im Artushofe nah. Nachr.

Eine Wirthin in gelesten Jahren, die in allen Branchen der Wirthschaft, wie im Kochen Vaden erfahren ist, und welcher gute Zeugnisse zur Seite stehen, wünscht von gleich ein Engagement. Langenmarkt 36. (8307)

**Getreide- und Verladungsfackel empfiehlt**

(8353) **D. Meslaff, Fischmarkt 16.**

**Unser Comtoir**

befindet sich von heute ab

(8349) **Langgasse 55. Gebr. Jochem.**

**Säckelmaschinen**

mit Metall-Buchsen in verschiedenen Größen empfohlen billig

(8362) **Gustav Bernick, am Fischmarkt.**

**Turn- und Fecht-Verein**

Mittwoch, den 6. Februar, Abends 8 Uhr, gefälliger Abend, gemeinschaftlich mit dem „Männer-Turn-Verein“, im oberen Locale der Handhalle. Donnerstag, den 7. Februar, nach der Turnstunde: Ordentliche Hauptversammlung im Turnloale auf dem Stadthofe. Tagesordnung: Rechnungsablage. (8341)

**Der Vorstand.**

**Danziger Stadttheater.**

Mittwoch, 6. Febr. (Ab. Vorst.) **Romeo und Julie**, gr. Oper in 4 Acten v. Bellini.

**Selonke's Etablissement.**

Mittwoch, den 6. Februar:

**großes Doppelconcert,**

ausgeführt von dem ganzen Musikcorps (60 Mann) des 7. ostpr. Inf.-Regts. No. 44 und des 1. Leibhufaren-Regts. No. 1 zum Festen der Penfions-Zufuß-Kasse der Musikmeister des Königl. preuß. Heeres, unter Mitwirkung der engagierten Künstler. Entrée für Saal 5 Gr., für Loge 7 1/2 Gr. Tagesbilletts (3 Stück) zum Saal 10 Gr., zur Loge 15 Gr. sind in der Conditorei des Hrn. **Gretenberg, Langenmarkt, zu haben.** Anfang 6 1/2 Uhr. (8369)

Programm: 1. Arme-Marsch von Lantenbach. 2. Ouverture u. Romanze a. d. Oper: „Africa-nerin“. 3. Am Meer. 4. Johanna-Quadrille. 5. Stabat mater. 6. Hochzeitmarsch. 7. Manzanilla-Szene a. d. Africana. 8. Potpourri von Barlow (neu). 9. Walzer-Arie. 10. Lied ohne Worte von Mendelssohn. 11. Le reveil du lion. 12. Königräber Siegesmarsch von Bieffe. 13. Der Wanderer. 14. Das Grab auf der Heide, ges. von Fr. Palm. 15. Tasso im Kerker. 16. Am Necker, am Rhein, gesungen von Hrn. Volst. 17. Auftreten des Hrn. **Kidemann** nebst Söhnen. **E. v. Weber. F. Reil.**

Druck und Verlag von **A. W. Kafemann** in Danzig.